

**Redemanuskript von Dr. Laura Soréna Tittel zur Preisverleihung des Wilhelm-Liebknecht-Preis, 26.11.2023, Gießen**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Becher,  
sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher Grußdorf, sehr geehrte Frau Stadträtin Eibelshäuser, sehr geehrter Herr Stadtrat Arman, sehr geehrter Herr Kulturamtsleiter Neubacher,  
sehr geehrte Mitglieder des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung Gießen,  
sehr geehrte Mitglieder der Auswahlkommission,  
sehr geehrte Gäste,  
liebe Familie, Freundinnen und Freunde,  
liebe Regina,

ich möchte mich ganz herzlich für die Verleihung des Wilhelm-Liebknecht-Preises und die damit verbundene Wertschätzung meiner Arbeit „Umriss einer Theorie des Antiziganismus“ bedanken. Es ist mir eine außerordentliche Ehre und zugleich eine große Verantwortung, die mir durch diese Auszeichnung zuteilwird.

Die Arbeit, die ich eingereicht habe, hätte nicht ohne die Unterstützung vieler Personen, die hier heute teilweise im Publikum sitzen, entstehen können. Dafür danke ich meiner Familie, meinem Partner, meinen Freundinnen und Freunden, Kolleg\*innen und Mentor\*innen, die ihr mich auf diesem Weg unterstützt habt, von ganzem Herzen. Einen ganz besonderen Dank richte ich an Dich, liebe Regina, nicht nur für die Laudatio, sondern auch dafür, dass Du mir seit meinem Vorstellungsgespräch vor fast sechs Jahren hier in Gießen einen stabilen Rahmen für meine Arbeit erschaffen hast, mich unermüdlich in meinem Projekt unterstützt hast und immer – auch gemeinsam mit meinem Zweitbetreuer Prof. Dr. Huub van Baar – für Diskussionen bereit standest. Dadurch erst konnte ich mich intensiv mit dem Thema Antiziganismus beschäftigen und – so mein Anspruch an meine Arbeit – nach den gesellschaftlichen Wurzeln dieses Phänomens suchen.

Bevor ich weiter auf den Inhalt meiner Arbeit zu sprechen komme, möchte ich meine Dankbarkeit gegenüber der Universitätsstadt Gießen ausdrücken, die diese Auszeichnung ins Leben gerufen hat. Der Wilhelm-Liebknecht-Preis steht nicht nur für die Würdigung guten wissenschaftlichen Arbeitens, sondern auch für die Bemühungen um soziale Gerechtigkeit

und die Sicherung demokratischen Zusammenlebens. In einer Zeit, in der wir uns mit komplexen sozialen Herausforderungen konfrontiert sehen, ist die Anerkennung von Arbeiten, die sich kritisch mit Diskriminierung – und auch mit der Verstrickung des Staates und der Politik in diese – auseinandersetzen, von hoher Bedeutung und zeugt – das sage ich voller Respekt – von Kritikfähigkeit.

In meiner Arbeit beschäftige ich mich mit Fragen, die sich – ganz im Sinne Wilhelm Liebknechts – um die Grundlagen für ein freies und gerechtes Zusammenleben in demokratischen Gesellschaften drehen. Wie kann es sein, dass sich Rassismus auch im 21. Jahrhundert hält? Werden demokratische Gesellschaften ihrem eigenen Anspruch nach Freiheit und Gleichheit gerecht? Warum haben Sinti:ze und Rom:nja als Angehörige einer Minderheit ein erhöhtes Risiko, aus sozialer Teilhabe und politischen Zusammenhängen ausgeschlossen zu werden und Diskriminierung zu erleben?

Im Sinne Liebknechts widmet sich meine Arbeit einer Problemlage demokratischer Gemeinschaften aus Perspektive der Schwächeren und von Ausgrenzung Betroffenen. Zugleich, und auch hier sehe ich Liebknechts Erbe vertreten, gehe ich davon aus, dass eine Gesellschaft und ihre Mitglieder nicht frei sein können, wenn nicht alle in ihr frei sind. Die Beschäftigung mit Antiziganismus ist somit keineswegs eine altruistische Angelegenheit – sie geht alle Mitglieder einer demokratischen Gesellschaft etwas an.

Ausgehend von diesen Fragen und der Erkenntnis, dass ein freies Zusammenleben unter aktuellen politischen und sozialen Verhältnissen nicht für alle – und damit in der Konsequenz eigentlich für niemanden – möglich ist, widmet sich meine Arbeit dem Gegenstand Antiziganismus als einem strukturellen Problemfeld. Um ein tiefergehendes Verständnis des Phänomens zu entwickeln, untersuche ich die historische Genese des Antiziganismus sowohl ideengeschichtlich im Denken über Politik, etwa auch bei kritisch-emanzipatorischen Philosophen wie Kant, Marx, Horkheimer und Adorno, als auch in gesellschaftlichen und staatlichen Praktiken. Denn erst durch ein Verständnis von Antiziganismus als eines historisch gewachsenen und gesellschaftlich verankerten Phänomens, kann sich der Frage angenähert werden, weshalb die bestehenden diskriminierenden Stereotype, Denkweisen und Handlungsmuster in ihren tatsächlichen Ausprägungen verbreitet sind.

Moderner Antiziganismus, so das zentrale Ergebnis meiner Arbeit, lässt sich anhand dreier großer Stränge gesellschaftlicher Entwicklung verstehen: Erstens entstand mit der Durchsetzung des kategorialen Denkens in der Aufklärung eine neue Basis für eine hierarchisierende Differenzierung zwischen Menschen. Dies ist Teil der Dialektik der

Aufklärung. Zweitens findet sich im Kapitalismus eine spezifische Funktionslogik wieder, die ungleicher Verhältnisse bedarf und diese immer wieder herstellt. Darunter leiden die ökonomisch sowieso schon Abgehängten besonders. Dies hat einer der Weggenossen von Wilhelm Liebknecht, Karl Marx, in seinem Werk eindrücklich herausgearbeitet. Ich habe dies in Verbindung mit Antiziganismus gebracht, um aufzuzeigen, dass die Feindschaft gegenüber (in Anführungszeichen) „Zigeunern“ und „Zigeunerinnen“ von Anfang an eine sozioökonomische Komponente hatte. Und drittens legitimierten sich moderne Nationalstaaten wiederum von Anfang an durch ihre Funktion als Sicherheitsgaranten und speisten sich durch Bedrohungsnarrative von außen. Aus diesen drei Strängen – kategorisierendem Denken, Kapitalismus und Nationalstaatenbildung – hat sich eine Kriminalisierung von Armut und eine rassistische Abwertung von Menschen entwickelt, von der Sinti:ze und Rom:nja besonders betroffen sind.

Soweit die übergreifenden Thesen. Um das Ganze etwas greifbarer zu machen, möchte ich einen meiner untersuchten Fälle kurz darstellen. Hier in Gießen fand vor knapp 300 Jahren, im November des Jahres 1726, ein Gerichtsprozess gegen eine aus 28 Personen bestehende, sogenannte „Zigeunerbande“ statt. Da über diesen Fall ein ganzes Buch geschrieben wurde, lässt sich relativ gut nachvollziehen, welche Vorstellungen zu der betroffenen Gruppe damals kursierten und wie der Fall politisch einzuordnen ist.

Kurz zu den Hintergründen: Die Anwesenheit von sogenannten „Zigeunern“ und „Jaunern“ war zu jener Zeit in Hessen (wie auch anderswo) unerwünscht. Bereits für die alleinige Anwesenheit drohte ihnen laut einer hessischen Strafverordnung von 1722 bei erstmaligem Aufgreifen eine Brandmarkung und bei erneutem Aufgreifen die Todesstrafe, „wann auch sonst weiter keine spezielle Missethat auff sie gebracht werden könnte“ (Poenal-Sanction 1722).

Den Angeklagten wurde vorgeworfen, „Zigeuner“ zu sein, zu stehlen, zu morden und zu rauben. Dies waren damals keine unüblichen Vorwürfe gegen Menschen, die als „Zigeuner“ stigmatisiert wurden, sondern vielmehr Aspekte des Bildes von „Vagabunden“, denen eine klare sozioökonomische Komponente zukommt. Ein großer Teil des Buches über den Prozess, das 1727 von einem der am Prozess Beteiligten (Gerichtsassessor Dr. J. B. Weissenbruch) im Auftrag des Landgrafen Ernst Ludwig von Hessen veröffentlicht wurde, beschäftigt sich auch gar nicht mit den Tatvorwürfen. Stattdessen verhandelt das Buch ausführlich Fragen danach, wer und was eigentlich „Zigeuner“ seien, woher diese kämen, wie sie lebten und ob sie „in einer Republic zu dulden“ (Weissenbruch 1727) seien. Darin verdeutlicht sich auch die

politische Dimension des Strafprozesses, der als großer Schauprozess geführt wurde und ganz zentral der Abschreckung dienen sollte.

Die Strafen wurden im Buch bildlich dargestellt, darunter Enthauptungen mit Schwert, Hängungen und Räderungen, die vor großem Publikum durchgeführt wurden. Letztlich wurden 25 der 28 Angeklagten, darunter acht Frauen, hingerichtet.

Nun sind seit 1727 fast 300 Jahre vergangen und es stellen sich viele Fragen: Inwiefern ist eine demokratische Gesellschaft anders in der Lage, mit Differenzen umzugehen, wo stellt sie diese aber auch her? An welchen Stellen verhaftet sie in tradierten Stereotypen und Vorurteilen? Gibt es Mechanismen, die immer wieder auftauchen und greifen?

Diesen Fragen gehe ich in meiner Arbeit nach: Ich habe Quellen aus unterschiedlichen Jahrhunderten auf die Selbstdarstellung staatlicher Akteure hin untersucht und die Widersprüche davon aufgezeigt, dass Sicherheit für manche, gleichzeitig Unsicherheit für andere, etwa die von Antiziganismus Betroffenen, bedeutet. Dadurch entsteht jedoch mehr, nämlich ein Kreislauf der Versicherheitlichung, wie es in der Fachsprache heißt, in dem Unsicherheit produziert wird, auf die mit Sicherheitsmaßnahmen reagiert wird, welche wieder neue Unsicherheit produzieren. In diesem Kreislauf geht die Macht immer wieder zurück an diejenigen Akteure, die definieren können, was überhaupt als Bedrohung verstanden wird – im beschriebenen Fall also die staatlichen Akteure, denen damit eine besondere Verantwortung zukommt. Zugleich bleibt die Situation, und damit komme ich wieder zum Anfang meiner Rede, insgesamt eine unsichere, denn nicht nur ist niemand frei, wenn nicht alle frei sind: Eine Gesellschaft und ihre Mitglieder sind auch nicht sicher, wenn nicht alle sicher sind. Daher halte ich es für unvermeidlich, Sicherheit von einer anderen Perspektive her zu denken.

Die Auseinandersetzung mit Antiziganismus ist somit von grundlegender Bedeutung für eine gerechtere und inklusivere Gesellschaft. Ich hoffe, dass meine Arbeit einen Beitrag dazu leisten kann, das Bewusstsein zu schärfen und einen Dialog über notwendige Veränderungen anzuregen.

Nochmals meinen herzlichen Dank an die Universitätsstadt Gießen für diese Auszeichnung und an alle, die mich auf meinem Weg begleitet haben.